

**Konferenz  
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
vom 11. bis 13. Oktober 2023 in Frankfurt am Main**

**Beschluss**

**TOP 1           Energiepreise und Energieversorgungssicherheit**

1 Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden  
2 Beschluss:

- 3 1) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass trotz  
4 der Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die  
5 Ukraine auch in diesem Winter die Versorgung der Wirtschaft und der  
6 Verbraucherinnen und Verbraucher mit Energie und Wärme gemäß aktuellen  
7 Prognosen stabil bleibt und aktuell keine Engpässe befürchtet werden müssen.  
8 Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern haben dazu  
9 beigetragen; sie dürfen aber nicht nachlassen. Zu einer guten  
10 Versorgungssituation tragen im Wesentlichen hinreichend befüllte Gasspeicher  
11 (Gasspeichergesetz), der schnelle Bau von LNG-Terminals und entsprechenden  
12 Anschlussleitungen (LNG-Beschleunigungsgesetz), die erhöhten  
13 Gaseinspeisungen nach Deutschland aus unseren Nachbarländern, das höhere  
14 Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Netzausbau sowie das  
15 gezielte Einsparen der Unternehmen und in den Privathaushalten bei.
- 16 2) Von Energiepreissteigerungen sind die Verbraucherinnen und Verbraucher  
17 betroffen, insbesondere jedoch die energieintensive Industrie, die im  
18 internationalen Wettbewerb steht. Diese Industrie bildet mit ihren vor- und  
19 nachgelagerten Wertschöpfungsketten eine wichtige Basis für kleine und mittlere  
20 Unternehmen sowie das Handwerk. Energiepreise sind ein maßgeblicher Faktor  
21 für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes  
22 Deutschland im internationalen Vergleich.

- 23 3) Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse leisten einen Beitrag gegen steigende  
24 Energiepreise. Allerdings reichen diese Instrumente nicht aus, um Belastungen  
25 und Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Daher fordern die  
26 Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder die Bundesregierung auf,  
27 schnellstmöglich für international wettbewerbsfähige Energiepreise zu sorgen und  
28 dabei weitere Maßnahmen zur gezielten Dämpfung der Energiekosten zu  
29 ergreifen, wie zum Beispiel:
- 30 a. Hinwirken auf eine Anpassung der europäischen Notfall-VO, um eine  
31 Verlängerung der Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse zu ermöglichen.
  - 32 b. Reduzierung staatlicher Preisbestandteile – insbesondere eine Senkung  
33 der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum.
  - 34 c. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine Verlängerung des  
35 sogenannten Spitzenausgleichs.
  - 36 d. Kein vorzeitiges Auslaufen der von 19 Prozent auf 7 Prozent ermäßigten  
37 Umsatzsteuer auf Erdgas und Fernwärme.
  - 38 e. Überprüfung sämtlicher Elemente der Preisbildung mit dem Ziel einer  
39 Reduzierung wie zum Beispiel die Aufhebung der Strompreiskopplung an  
40 den Gaspreis.
  - 41 f. Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises für besonders  
42 betroffene Unternehmen.
  - 43 g. Schaffung der Voraussetzungen für die direkte staatliche Auszahlung  
44 zielgerichteter Entlastungs-/Kompensationsmaßnahmen („Klimageld“).
  - 45 h. Stärkung und Förderung von Zukunftstechnologien und der Erforschung  
46 von neuen Wegen zur Energieerzeugung.
- 47 4) Um die Versorgungssicherheit im Lichte der vorgegebenen Klimaschutzziele  
48 strukturell weiter zu verbessern, sind ebenfalls weitere Maßnahmen erforderlich.  
49 Dazu zählen auch:
- 50 a. Die Beschleunigung des Ausbaus erstens erneuerbarer Energien durch die  
51 Ausweisung hinreichend großer Flächen – wie im WindBG vorgesehen –  
52 sowie zweitens des Stromübertragungs- und Verteilnetzes.

- 53 b. Die Umsetzung der identifizierten Potenziale aus dem geplanten „Pakt zur  
54 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“.
- 55 c. Die Umsetzung der geplanten Vereinfachung für die Installation und den  
56 Betrieb von PV-Anlagen („Solarpaket I“).
- 57 d. Die gezielte Unterstützung des Bundes bei der (Wieder-)Ansiedlung und  
58 beim Erhalt von Produktionskapazitäten für PV-Anlagen und  
59 Windenergieanlagen.
- 60 e. Die Vorlage und zeitnahe Umsetzung der vom Bund geplanten  
61 „Kraftwerksstrategie“, um ausreichende Anreize für die deutschlandweiten  
62 Investitionen in Back-Up-Kraftwerke, einschließlich Pumpspeicher-  
63 kraftwerke, zu gewährleisten. Diese muss deutlich konkretisiert sein und die  
64 lokale Verortung der zusätzlichen installierten Leistung muss den  
65 Erfordernissen der Systemstabilität und Versorgungssicherheit  
66 angemessen Rechnung tragen. Die Regierungschefinnen und  
67 Regierungschef der Länder fordern den Bund in diesem Kontext auf, die  
68 Länder im Vorfeld der Erstellung der Kraftwerksstrategie angemessen  
69 einzubeziehen.

70 5) Der Import und die Erzeugung von Wasserstoff werden einen zunehmenden Anteil  
71 zur Versorgungssicherheit beitragen. Die Regierungschefinnen und  
72 Regierungschefs der Länder halten es für erforderlich, bis zum Jahresende einen  
73 optimierten Vorschlag für ein Wasserstoff-Kernnetz unter Beteiligung der Länder  
74 vorzulegen, das später organisch und bedarfsgerecht wachsen kann und  
75 deutschlandweit einen ausreichenden Abdeckungsgrad gewährleistet. Dabei ist  
76 das Wasserstoffnetz von Anfang an auch europäisch zu planen. Dabei ist auch der  
77 Anschluss der Importinfrastrukturen der deutschen Seehäfen an das Kernnetz von  
78 Anfang an unter Beteiligung der Länder zu berücksichtigen, um deutschlandweit  
79 einen ausreichenden Abdeckungsgrad zu gewährleisten.

80 Zudem bitten die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder den  
81 Bund, die Bedingungen für Investitionen in Elektrolyseure sowie  
82 Untergrundspeicher für Wasserstoff gezielt zu verbessern.

83 Im Übrigen bedarf es dringend einer Orientierung durch die Bundesregierung zur  
84 künftigen Preisbildung im Wasserstoffsektor.

- 85 6) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen mit Besorgnis  
86 fest, dass die Offshore-Industrie derzeit vor großen Herausforderungen steht.  
87 Steigende Zinsen und Materialkosten sowie Probleme in den Lieferketten führen  
88 zu wirtschaftlichen Problemen. Die Erzeugung von Strom und Wasserstoff auf  
89 hoher See ist jedoch eine grundlegende Voraussetzung für eine sichere  
90 Energieversorgung. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
91 bitten daher den Bund, im Rahmen einer gemeinsamen Abstimmung zwischen  
92 Bund, Ländern und der Offshore-Branche konkrete Lösungswege zu initiieren.
- 93 7) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beobachten ebenfalls  
94 mit Sorge den massenhaften Import von Solarmodulen ausländischer Hersteller,  
95 der zu einem starken Preisverfall für Solarmodule in der EU führt. Hersteller von  
96 Solarmodulen in Europa können dem unfairen Wettbewerb ausländischer  
97 Hersteller, die ihre Produkte unterhalb der Selbstkosten auf den Markt bringen, auf  
98 Dauer nicht standhalten. Damit drohen bei dieser für die Energiewende zentralen  
99 Schlüsseltechnologie neue Abhängigkeiten. Die Regierungschefinnen und  
100 Regierungschefs der Länder fordern ein entschlossenes Handeln des Bundes,  
101 damit Entwicklung und Wertschöpfung in diesem Bereich nicht dauerhaft  
102 abwandern. Die Bundesregierung wird gebeten, gleiche und faire  
103 Wettbewerbsbedingungen für alle Marktakteure sicherzustellen und Maßnahmen  
104 zur Stärkung der Resilienz der heimischen PV-Produktion zu ergreifen.
- 105 8) Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sehen in der  
106 Dekarbonisierung der Wärmeversorgung („Wärmewende“) eine enorme  
107 Herausforderung für Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und  
108 Privathaushalte. Hier bedarf es einer weiteren Kraftanstrengung in den  
109 kommenden Jahren. Mit Blick auf die enormen Auswirkungen und dabei  
110 insbesondere die Kosten des Gebäudeenergiegesetzes und des Gesetzes zur  
111 Wärmeplanung fordern die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder  
112 den Bund auf, sicherzustellen, dass auch auf seiner Seite ausreichende Mittel zur  
113 Förderung der Wärmeplanung sowie für effiziente Wärmenetze (BEW) zur  
114 Verfügung gestellt werden. Die Beschlüsse des Bundesrates vom 29. September  
115 2023 haben gezeigt, an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf gesehen wird.  
116 Weiterhin ist bei der Überarbeitung der Bundesförderung für effiziente Gebäude  
117 (BEG) auf eine diskriminierungsfreie Förderung zu achten.

118 9) Die Quellen für die Wärmeerzeugung in Deutschland sind vielfältig. Neben  
119 Wärmepumpen sind die Nutzung industrieller Abwärme, der Aufbau von  
120 Nahwärmenetzen, der Ausbau und die Dekarbonisierung von Fernwärmenetzen  
121 sowie oberflächennaher Geothermie geeignete und vielversprechende  
122 Alternativen, deren Nutzung es gezielt auszubauen gilt. Gleichzeitig stellen die  
123 Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder jedoch fest, dass das  
124 Potenzial von mitteltiefer und tiefer Geothermie bislang nur ungenügend genutzt  
125 wird. Dabei stellt sich immer wieder das Fündigkeitsrisiko als ein zentrales  
126 Investitionshemmnis heraus. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der  
127 Länder fordern daher den Bund auf, ein Instrument zur wirksamen Absicherung  
128 des Fündigkeitsrisikos einzuführen.